



Dresdner Reden 2013

24. Februar 2013
Jürgen Rüttgers
„Machtvergessenheit und
Machtversessenheit von Parteien“

Sächsische Zeitung
Was uns verbindet.

Eine Veranstaltungsreihe des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung.

Die Dresdner Reden 2013

Die traditionsreiche Reihe der Dresdner Reden, die in Kooperation mit der Sächsischen Zeitung seit mehr als zwei Jahrzehnten am Staatsschauspiel stattfindet, wird auch in dieser Saison fortgesetzt.

Den Anfang macht am 10. Februar mit **Stephen Greenblatt** einer der weltweit renommiertesten Literaturwissenschaftler. Nach seinen bahnbrechenden Shakespeareforschungen, für die er vielfach ausgezeichnet wurde, hat sich Greenblatt in seinem jüngsten Buch einem fast vergessenen Text gewidmet: „De rerum natura“ von Lukrez. In Dresden spricht Greenblatt darüber, wie dieser antike Text mit seinen unerhörten Gedanken über die Natur der Dinge den Menschen neue Horizonte eröffnete und zur Basis unserer modernen Weltsicht wurde.

Am 17. Februar spricht **Markus Beckedahl** über „Die Gestaltung der digitalen Gesellschaft“. Als politischer Netzaktivist gehört Beckedahl zu den führenden Vertretern einer Bewegung, die die Einflüsse neuer Medien auf die Gesellschaft kritisch begleitet und kommentiert. Ein Hauptaugenmerk gilt dabei dem Einfluss der Politik auf das Internet und seine politischen Gestaltungsmöglichkeiten. Er ist als Berater vielfach gefragt und Vorsitzender der „Digitalen Gesellschaft“.

Jürgen Rüttgers war Ministerpräsident (CDU) des Landes Nordrhein-Westfalen und Bildungsminister unter Kanzler Kohl. Seit Jahren setzt er sich kritisch mit dem Verfall der politischen Kultur in Deutschland auseinander und spricht am 24. Februar darüber in Dresden unter dem Titel „Machtvergessenheit und Machtversessenheit von Parteien“.

Als Abschluss der Reihe am 3. März ist **Nike Wagner** zu Gast, seit 2004 Leiterin des Kunstfestes Weimar. Die Urenkelin von Richard Wagner und Ur-Urenkelin von Franz Liszt befasst sich in ihrem Vortrag mit den Bedingungen, unter denen damals und heute Kunst und Kultur zustandekommen können und dürfen. Die Rede trägt den Titel „Kunst, Geld, Wagner“.

Jürgen Rüttgers wurde 1951 in Köln geboren. Von 1969 bis 1975 studierte er Geschichte und Rechtswissenschaften an der Universität Köln. In seiner politischen Laufbahn bekleidete er diverse Ämter auf Landes- wie auch auf Bundesebene. So war er unter anderem von 1994 bis 1998 Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, von 2000 bis 2005 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen sowie anschließend bis 2010 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Bis 2012 war Jürgen Rüttgers Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags.

Jürgen Rüttgers

I.

- Bis zur Bundestagswahl 2013 werden wir noch viele Debatten und Diskussionen erleben:
- über die Spitzenkandidaten,
 - über schwarz-gelbe, rot-grüne, große, schwarz-grüne, Ampel- und Jamaika-Koalitionen,
 - über Erfolge und Misserfolge der jetzigen Regierung,
 - und hoffentlich auch über Inhalte und Konzepte für heute und morgen.

Im Mittelpunkt all dessen stehen die Parteien. Sie bestimmen die Kandidaten, die zur Wahl aufgestellt werden. Sie organisieren den Wahlkampf. Sie erarbeiten die Wahlprogramme. Und sie liefern die Interpretationsmuster, wie diese oder jene Vorschläge – seien es die eigenen oder die des politischen Gegners – bewertet werden sollen.

Doch das ist bekanntermaßen längst nicht alles. Schließlich bilden sich die Parteien nicht nur zur Wahl, um sich danach bis zur nächsten Wahl wieder aufzulösen. Das ist alleine schon durch das Parteiengesetz vorgeschrieben. Dort heißt es: „Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen (...)“

Nach der Wahl handeln die Parteien Koalitionsverträge aus. Ihre gewählten Abgeordneten bilden Fraktionen und Regierungen. Diese wiederum entscheiden über die Besetzung von Vorständen, Aufsichtsräten und weiterer wichtiger Posten etwa in Rundfunkanstalten, öffentlich-rechtlichen Stiftungen oder Sparkassengremien. Selbst bei der Besetzung von hohen Richterposten geht ohne die Parteien nichts.

Zu den Aufgaben der Parteien gehört auch, „an der politischen Willensbildung des Volkes“ mitzuwirken (Art. 21, Abs. 1, Grundgesetz). Die Parteien erarbeiten sowohl Grundsatzprogramme als auch inhaltliche Positionierungen zu unzähligen Einzelfragen, die dann in den Koalitionen und Parlamenten mehrheits- und schließlich regierungsfähig werden. Zugleich sollen Parteien den Bürgerinnen und Bürgern die Ursachen und Beweggründe für politisches Handeln vermitteln.

Alleine diese wenigen Beispiele zeigen, welche Aufgaben- und Machtfülle die Parteien haben. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Parteiendemokratie, heißt es daher. Dieser Begriff findet sich in jedem Lehrbuch.

Und doch haben sie in der politischen und öffentlichen Wahrnehmung einen schweren Stand – nicht erst seit heute. Die Parteien seien „machtversessen und machtvorgessen“, hat ihnen Bundespräsident Richard von Weizsäcker bereits 1992 in einem vielbeachteten Gespräch vorgeworfen. Machtversessen deshalb, weil es ihnen vor allem um den Erfolg bei Wahlen und die Besetzung von Ämtern und Posten gehen würde. Machtvorgessen, weil sie ihre eigentliche

Aufgabe der politischen Gestaltung und der Vermittlung politischer Inhalte und der Organisation der Partizipation der Bürger im demokratischen Willens- und Entscheidungsprozess nicht ausreichend wahrnehmen würden.

Die Parteien müssen die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Meinungsbildung sicherstellen. Das heißt: politisch informieren, Alternativen deutlich machen, Beschlüsse und Maßnahmen begründen, die Komplexität von Sachverhalten reduzieren, Kompromisse vereinbaren und Entscheidungen möglich machen.

Die Kritik, genau das in nicht ausreichendem Maße zu tun, ist heute genauso aktuell wie damals. Daher mag es auch nicht verwundern, dass es um das Ansehen der Parteien schlecht bestellt ist.

Der „Stern“ etwa hat Anfang 2012 eine repräsentative forsa-Umfrage zum Vertrauen in verschiedenen Institutionen veröffentlicht. Demnach vertrauen gerade einmal 18 Prozent der Befragten den politischen Parteien. Von 34 bewerteten Institutionen bedeutete das den viertletzten Platz: Nur Werbeagenturen (12 Prozent), Manager von Großkonzernen (15 Prozent) und der Zentralrat der Muslime (16 Prozent) schneiden noch schlechter ab. Demgegenüber wird trotz Finanzkrise sogar Banken (22 Prozent) mehr Vertrauen entgegengebracht als den Parteien.

Auch die Bereitschaft der Menschen, sich in den Parteien zu engagieren, ist seit Jahren gesunken: So ist die Mitgliederzahl der SPD von 1990 bis 2010 bundesweit von rund 940.000 auf etwas mehr als 500.000 geschrumpft. Das ist ein Verlust von 46,8 Prozent.

Hatte die CDU 1990 noch etwa 790.000 Mitglieder, waren es 2010 ebenfalls nur noch etwas mehr als 500.000 (minus 36,0 Prozent).

Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers und ehemaligen Bundestagsabgeordneten der Grünen, Hubert Kleinert, werden sich die Mitgliederzahlen der Volksparteien in den nächsten Jahrzehnten nochmals mindestens halbieren. (Vorlesung im Rahmen des Dahrendorf Kolloquiums WS 2011/2012)

Die höchsten prozentualen Einbußen unter allen im Bundestag vertretenen Parteien erlitten von 1990 bis 2010 jedoch die FDP (minus 59,3 Prozent) und die PDS bzw. Die Linke (minus 73,8 Prozent). Angesichts eines Minus von „nur“ 17,4 Prozent fielen die Verluste der CSU dagegen fast moderat aus.

Einzig Bündnis 90/Die Grünen können auf eine positive Entwicklung zurückblicken. Ihre Mitgliederzahl stieg von rund 41.000 auf fast 53.000 (plus 28,3 Prozent). Die weitere Entwicklung der Piratenpartei bleibt abzuwarten, auch wenn nicht wenige Beobachter derzeit eine nach unten geöffnete Parabel erwarten. Oder anders ausgedrückt: Sie rechnen damit, dass nach einem steilen Aufstieg nun der Sturzflug folgt.

Auch die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen sinkt immer weiter. Lag sie 1972, der Wahl mit der bislang höchsten Wahlbeteiligung, bei 91,1 Prozent, waren es 1998 schon nur

noch 82,2 Prozent. Bei der letzten Wahl 2009 fiel sie schließlich auf den historischen Tiefstand von 70,8 Prozent.

Die Parteien haben diesen schon Jahrzehnte andauernden Prozess der Erosion ihres Ansehens und ihrer Wähler und Mitgliederbasis zwar intern zur Kenntnis genommen. Gelegentlich, wenn die Not der Wahlergebnisse groß war, hat es auch Versuche zur Reform der Parteien und des Parteiensystems gegeben. Geschehen ist aber nicht viel, schon gar nichts umstürzend Neues. Der Prozess der Delegitimation hat sich in den letzten Jahren beschleunigt.

Einige wünschen sich eine Demokratie, in der die Parteien eine weitaus geringere Rolle spielen. Viele wollen weniger repräsentative und mehr direkte Demokratie. Das Volk müsse mehr entscheiden, sagen sie. Und unterstellen, dass die Parteien die Souveränität des Volkes aushöhlten – eine fast romantische Vorstellung.

II.

Woran also liegt diese vielzitierte Parteiverdrossenheit? Sind unsere Parteien und das Parteiensystem wirklich so schlecht wie ihr Ruf?

1. Unser Parteiensystem hat sich in den letzten mehr als 60 Jahren bewährt. Ausgehend von der „Stunde Null“ im Jahr 1945 bildete sich zunächst ein Vier-Parteien- bzw. Drei-Fraktionen-System mit CDU, CSU, SPD und FDP heraus. Anfangs noch im Bundestag vertretene Parteien wie die Bayernpartei, die Deutsche Partei, die Deutsche Zentrumspartei oder der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten verschwanden recht schnell von der Bildfläche.

Die Stabilität des deutschen Parteiensystems trug mit dazu bei, dass nach Jahrzehnten der Unruhe, der Umwälzungen, der Gewalt, der Diktatur und des Kriegs endlich Frieden einkehrte und Aufschwung und Wohlstand möglich waren. Das System war sogar so stabil, dass im Laufe der Jahre Stimmen laut wurden, die von einer Verkrustung sprachen.

Dass das nicht der Fall war, zeigte etwa 1983 die Wahl der Grünen in den Bundestag. Kurze Zeit später meisterte das Parteiensystem auch die gewaltige Herausforderung der deutschen Wiedervereinigung, infolge dessen die PDS bzw. die Linke in den Bundestag einzog. Neuerdings ist die Piratenpartei in einige Landesparlamente eingezogen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Kurzum: Weder die Bonner noch die Berliner Republik sind Weimar geworden.

2. Die Parteien stehen vor der Herausforderung einer sich immer schneller wandelnden und immer komplexer werdenden Welt. Weltfinanzkrise, Energiewende, demografischer Wandel, Haushaltskonsolidierung und digitaler Wandel: Das sind zentrale Themen, auf die sie eine Antwort geben müssen. Dies ist ihnen bislang offenbar nicht ausreichend gelungen.

Aus Angst vor dem Wähler werden strittige Fragen und unangenehme Wahrheiten oftmals nicht in der nötigen Tiefe diskutiert. Anstatt breite gesellschaftliche Debatten zu führen, ziehen sich viele Politiker in Talkshows und Politikinszenierungen zurück. Dabei kann man ihnen das zum Teil noch nicht einmal zum Vorwurf machen. Schließlich passen sie sich auch den Zwängen der modernen Medienlandschaft an.

Informationen sind heute zu jeder Zeit und an jedem Ort verfügbar. Zugleich geht es den Zeitungen, Radiostationen, Fernsehsendern und Online-Medien vor allem um eines: um Auflagen, Quoten und Klicks. Es herrscht der Glaube, dass derjenige am erfolgreichsten über etwas berichtet, der als erstes berichtet. Zeit für Reflektion bleibt dabei nicht. Es wird vergessen, dass Informationen zu haben, nicht heißt, dass man sie versteht und etwas ändern kann.

Eine Folge ist, dass viele Medien banalisieren. Sie orientieren sich nicht an dem, was politisch dringlich wäre. Sie orientieren sich vor allem an den Marktgesetzen. Bundespräsident Roman Herzog hat in diesem Zusammenhang schon 1996 von einer „Abflachungsspirale“ gesprochen. Er sagte: „Kein Schwachsinn, keine Perversion, keine noch so abwegige Marotte, die nicht in extenso bunte Seiten und Bildschirme bevölkern würde (...). Diese unendliche ausweglose, schleichende Banalisierung und Trivialisierung macht die Hirne kaputt.“

Auch wenn das überspitzt formuliert sein mag: Herzog trifft damit einen wahren Kern, der auch die Arbeit der Politiker und Parteien in einem großen Maß betrifft. Indem sich die Medien fortwährend auf das Schlechte und Unnormale fokussieren, tragen sie auch zu einer Tempoverschärfung bei. Der Volksmund sagt dazu: „Jeden Tag wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben“.

Jeder Politiker, jede Partei, die nicht postwendend Antworten auf noch so komplexe und spezielle Probleme und Herausforderungen unserer Zeit geben kann, wird sofort als unentschlossen, zögerlich und inkompetent dargestellt. Es kommt zu hektischen Themenkonjunkturen. Über den Wert einer Nachricht entscheidet nicht mehr der Inhalt, sondern die Skandalfähigkeit. Zeitintensive, abwägende Debatten über die Grundlagen der Gesellschaft werden auf diese Weise unmöglich gemacht.

Den Parteien ist hierbei vorzuwerfen, dass sie noch nicht einmal den Versuch machen, diese Beschleunigungs- und Skandalisierungsspirale zu durchbrechen. Sie sägen damit gleichsam an ihrem eigenen Stuhl. Denn die Wahrnehmung ihrer eigentlichen Aufgaben kommt zu kurz. Aus Angst vor den Medien und dem vermeintlichen Volkswillen wird so die eigene demokratische Legitimation beschädigt.

3. Ein weiterer Grund für die Krise der Parteien liegt darin, dass sich klassische gesellschaftliche Konflikte sowie Milieus inzwischen aufgelöst haben. Dadurch haben sich die einstmaligen festen Parteibindungen gelockert bzw. gänzlich aufgelöst.

Mit dem so genannten „Cleavage-Modell“ wurde lange Zeit historisch nachgezeichnet, warum sich die Parteiensysteme in den westlichen Demokratien so entwickelt haben, wie sie sich entwickelt haben. Konflikte wie das Verhältnis von Provinz und Machtzentrum, Kirche und Staat,

industriellen Kernen und landwirtschaftlich geprägten Räumen sowie Kapital und Arbeit haben demnach zu unterschiedlichen Lebenswelten geführt. Dies wiederum führte – so die Theorie – dazu, dass liberale, christdemokratische, konservative und sozialdemokratische, kommunistische und rechtsextreme Strömungen und Parteien entstanden.

Es ist nachvollziehbar, dass diese stark historisch abgeleiteten Konfliktlinien durch die dramatischen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der jüngsten Zeit in die Diskussion gekommen sind. Sie mögen zur Erklärung der Vergangenheit taugen. Für die Gegenwart und die Zukunft ist das hingegen nicht der Fall. Die Veränderungen durch die Globalisierung, die europäische Einigung und der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft, die digitale Revolution machen sie unbrauchbar.

Eine vergleichbare Feststellung lässt sich auch für die so genannten „Milieu-Theorien“ treffen. So hat M. Rainer Lepsius in den 1960er-Jahren vier Werte- und Lebensweltmilieus identifiziert: das katholische, das konservativ-protestantische, das protestantisch-bürgerliche und das sozialdemokratische Sozialmilieu. Gab es früher tatsächlich solche genau abgrenzbaren Milieus, durch die das Stimmverhalten bei Wahlen weitgehend mit den jeweiligen spezifischen Lebenswelten übereinstimmte, ist dies infolge der immer weiter voranschreitenden Individualisierung der Gesellschaft heute nicht mehr der Fall.

Dass die Milieuthorien nicht mehr ausreichend greifen, zeigen etwa drei kurze Beispiele:

Früher hieß es: Arbeiter wählen die SPD. Doch bei der Landtagswahl 2005 in Nordrhein Westfalen hat die Mehrheit der Arbeiter CDU gewählt.

Früher hieß es: Die Mehrheit des öffentlichen Dienstes wählt CDU. In einer im September 2010 veröffentlichten forsa-Umfrage gaben jedoch 41 Prozent der befragten Beamten des höheren Dienstes an, Bündnis 90/Die Grünen wählen zu wollen.

Noch immer heißt es: Die „68er“ wählen Rot/Grün. Auch wenn das nach wie vor auf einen wesentlichen Teil der SDS- und APO-Aktivist*innen jener Zeit zutreffen mag, gibt es inzwischen nicht wenige, die im Laufe der Jahre in das konservative Lager gewechselt sind. Oftmals wird sogar darauf hingewiesen, dass es sich dabei gar nicht um einen Wechsel im weiteren Sinne handelt. So schreibt etwa der Journalist und Autor Timo Stein: „Gerade auch die als progressiv geltende 68er Bewegung hatte etwas zutiefst Konservativ-bürgerliches. (...) Auch nimmt es nicht wunder, dass sich der konservative Peter Gauweiler und der linke Oskar Lafontaine politisch in vielen Feldern doch sehr nahe kommen. Sei es in Fragen nach der europäischen Integration oder in ihrer Kapitalismuskritik. Beide teilen nahezu identische Inhalte.“

Dies alles zeigt: Die Milieuthorien reichen zur Erklärung des Wahlverhaltens nicht mehr aus. Ändern sich die Lebensumstände, ändert sich auch das Wahlverhalten. Gleiches gilt für Änderungen des Zeitgeistes, die oft medienbedingt sind.

Wenn Parteien nicht nur Interessen- bzw. Klientelparteien sind, sondern auch für das Allgemeinwohl eintreten sollen, können sie auch keine „klassischen“ Milieuparteien sein. Das gilt

erst recht für die Volksparteien. Keine Partei ist heute noch eine reine Interessenpartei oder die Vertreterin einer bestimmten Berufsgruppe.

Sicherlich: Ohne eine große Stammwählerschaft wird keine Partei gute Wahlergebnisse erzielen. Doch das allein reicht nicht aus. Die Parteien müssen heute alle Schichten der Bevölkerung ansprechen, wenn sie eine Regierungsperspektive haben wollen.

Dies führt zu einer Erkenntnis, die nicht wenige als Quadratur des Kreises empfinden: Um mehrheitsfähig zu sein, müssen die Parteien auch Bevölkerungsgruppen ansprechen, deren Lebenswelten und Forderungen einstmals rundherum abgelehnt wurden. Damit aber verärgern sie oftmals ihre Stammwählerschaften, die sich solchen Veränderungen nicht anschließen wollen.

Beispielhaft hierfür sind etwa die innerparteilichen Debatten der CDU. Während die einen davor warnen, dass das konservative Profil der Partei zu verschwinden droht, mahnen die anderen – vor allem nach verlorenen Wahlen in Großstädten –, dass man sich neuen Wählerschichten öffnen müsse. Die Erfahrung lehrt uns, dass Schwarz-Weiß-Debatten in den wenigsten Fällen zu Erfolgen führen.

4. Ein weiterer, oftmals populärer Erklärungsversuch für die Krise der Parteien fußt auf der These, dass wir nicht mehr in einer Demokratie, sondern einer Postdemokratie leben. Bekanntermaßen verändert sich die Welt durch die Globalisierung in nie gekannter Geschwindigkeit. All dies erzeugt einen großen Anpassungsdruck.

Die Reaktionen der Einzelnen und der Gesellschaft sind typisch. Ein Teil der Menschen begrüßt die neuen Möglichkeiten und passt sich den Gegebenheiten an. Ein anderer Teil versucht, das Bestehende und Gewohnte zu verteidigen und die gewohnten Strukturen zu erhalten.

Die Reaktionen der Parteien fallen aber nicht erst seit heute anders aus, als man dies in der Vergangenheit erwartet hat: Waren für die meisten linken Parteien Reformen noch in den 1970er-Jahren eine fortschrittliche Idee, versuchen sie heute eher, das Bestehende zu bewahren, wenn nicht sogar Altes wiederherzustellen. Die bürgerlichen Parteien, früher als „konservativ“ im wortwörtlichen Sinne erachtet, vertrauen dagegen auf den Fortschritt, der nur gestaltet werden müsse.

Nichts ist mehr so, wie es war – könnte man also meinen. Verfechter der Postdemokratie-These stimmen dem sicherlich zu. Ihrer Auffassung zufolge sind neben den klassischen politischen Akteuren – dem Staat, der Regierung, den Parlamenten, den Parteien – in der Politik weitere Akteure hinzugekommen: Unternehmen, Verbände, Nichtregierungsorganisationen, Lobbyisten, PR-Berater und viele mehr. Dies habe, so die Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe, zu einer zunehmenden Entpolitisierung und zum Legitimationsverlust demokratischer Institutionen geführt.

In ähnlicher Weise argumentiert auch Colin Crouch, der die Ansicht vertritt, dass die Politik – und damit auch die Parteien – den Wünschen der „Kundschaft“ ausgeliefert sei. Daher versuche die Politik, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu manipulieren. „Die Politik imitiert

dabei die Methoden anderer gesellschaftlicher Bereiche, deren Selbstvertrauen und Selbstsicherheit weitgehend intakt sind: des Showbusiness und des Marketing“, schreibt Crouch etwa in seinem vielbeachteten Buch „Postdemokratie“. Kurzum: Die Agenda der Parteien und Politiker orientiere sich heute weitgehend an Marktgesetzen und nicht mehr an Ethik und Moral. Die Theorie der „Postdemokratie“ ist der Versuch, der neoliberalen Ideologie eine Antwort entgegenzustellen. Sie ist selbst auch eine „Ideologie“, also eine Weltanschauung und kein Darlegen der Wirklichkeit der Parteien im demokratischen Rechtsstaat.

III.

Die Parteien stehen vor der großen Aufgabe, aus der Vielzahl der Interpretationsmuster einen eigenen Weg zu entwickeln. Solche Versuche, genau dies zu tun, finden meist nach verlorenen Wahlen statt. Die entsprechenden Debatten drehen sich dann zum einen um organisatorische, zum anderen um inhaltliche Reformen.

1. Organisatorische Reformen

Oftmals ertönt in diesem Fall der Ruf nach innerparteilichen Reformen. Der Parteivorstand ruft dann eine Kommission ein, die einen Antrag für den Parteitag erarbeiten soll. In der Bevölkerung interessiert das zumeist kaum jemand. Doch die Funktionäre sind alarmiert. Parteireform heißt für sie oftmals Gefahr in Verzug. Es droht der Verlust von Einfluss und Posten. Diskutiert wird viel, geschehen tut kaum etwas.

Fast alle Initiativen zu Binnenreformen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben sich Ziele gesetzt wie:

- Stärkere Beteiligung der (einfachen) Mitglieder
- Öffnung der Parteiarbeit für parteiunabhängige Bürger
- größere Transparenz der politischen Arbeit
- Modernisierung der Strukturen und Arbeitsformen der Parteien

Mit Überschriften wie „Bürgerpartei“, „Netzwerkpartei“ oder „Mitmach-Partei“ haben die Parteien versucht, sich zu modernisieren. Die Konzepte erwiesen sich schnell als nicht tragfähig, weil sie aus der Binnensicht der Parteifunktionäre entwickelt waren.

Mit Mitgliederwerbemaßnahmen sollen vor allem junge Mitglieder für die Parteiarbeit geworben werden. Mit „Schnuppermitgliedschaften“ soll die Hemmschwelle, in eine Partei einzutreten, gesenkt werden. Der Trend der rückläufigen Mitgliederzahlen konnte damit bislang allerdings nicht gestoppt werden. Die Ideen waren bislang ohne nachhaltige Wirkung.

Mehr Kontakte in den „vorpolitischen Raum“ zu schaffen, ist ebenfalls eine immer wieder vorgebrachte Forderung. Die Frage, was eigentlich der vorpolitische Raum ist, wird aber ebenso wenig intensiv diskutiert wie das dieser Idee zugrunde liegende Gesellschaftsbild.

Verbände, Vereine und Initiativen, die dem vorpolitischen Raum zugeordnet werden, sind zwar weder Staat noch Partei. Unpolitisch sind sie aber ganz sicher nicht. Sie haben eine eigen-

ständige Aufgabe in der Bürgergesellschaft. Dazu brauchen sie die Parteien nicht. Sie sind nicht „vor“politisch.

Noch schwieriger wird es schließlich, wenn Reformvorschläge die Ebene politischer Macht betreffen. Die Abschaffung von Delegiertenverfahren auf Stadt-, Gemeinde- und Kreis-Ebene konnte in den überörtlichen Satzungen der CDU nicht durchgesetzt werden. Delegiertenversammlungen sind von der Parteiführung leichter zu steuern als Mitgliederversammlungen. Man weiß bei Mitgliederversammlungen nicht, wer teilnimmt. Kompromissweise wurde es den örtlichen Parteebenen freigestellt, Mitgliederversammlungen einzuführen. Inzwischen hat sich jedoch die Mitgliederversammlung auf Druck der Basis weitgehend durchgesetzt.

Der Versuch der SPD-Führung, bei Kandidatenaufstellungen nach dem Vorbild der amerikanischen „Primaries“ Vorwahlen unter Beteiligung von Nichtparteimitgliedern einzuführen, fand keine Mehrheit.

Der Versuch, in CDU-Satzungen Regeln gegen Ämterhäufung durchzusetzen, gelang nur in unverbindlichen Empfehlungen.

Auch die Trennung von Parteiamt und Parlamentsmandat, die Bündnis 90/Die Grünen eingeführt hatten, wurde teilweise zurückgenommen. Das Rotationsverfahren war zuvor bereits komplett abgeschafft worden.

Die Öffnung der Parteiarbeit und die Schaffung von mehr Transparenz sind bislang also in den Anfängen stecken geblieben. Stattdessen erweist sich die Festlegung von Quoten und Quoren als Dauerthema.

2. Inhaltliche Reformen

Eine weitere Reaktion auf den Vertrauensverlust in Politik und Parteien ist die Debatte um Inhalte und die Einbindung von Stamm- und Wechselwählern.

Wie bereits beschrieben haben die vielfältigen Umwälzungen und Herausforderungen der globalisierten Welt zu einer Entkoppelung der Mitglieder- und Wählerschaften von den Parteien in den letzten Jahren und Jahrzehnten geführt. So kam es in den Parteien zu neuen inhaltlichen Weichenstellungen, die oftmals einem neoliberalen Zeitgeist huldigten.

Die CDU etwa hatte 2003 auf dem Leipziger Parteitag eine Neubestimmung ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik vorgenommen, die sich in der Folge als Irrweg herausstellte. Auf dem Dresdner Parteitag 2006 konnte dieser Weg gerade noch rechtzeitig vor der Weltfinanzkrise korrigiert werden.

Auch der Versuch der SPD, eine Politik des dritten Weges jenseits von Rechts und Links zu entwerfen, misslang. Unter der Ägide von Gerhard Schröder wurden 1999 etwa bei der Körperschaftssteuer Steuererleichterungen von mehr als 23,5 Milliarden Euro beschlossen. Die Hartz-Gesetze führten zu einer tiefen Entfremdung von den Gewerkschaften und zum innerparteilichen Streit.

Die SPD war plötzlich nicht mehr „der Betriebsrat der kleinen Leute“. Sie war ihrer Kernbotschaft beraubt, sprachlos und ortlos. Prompt verlor sie 1999 bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen die Mehrheit in ihrer angeblichen „Herzkammer“, dem Ruhrgebiet. Die CDU dagegen erzielte mit 50,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen die absolute Mehrheit. Weder bei der Kommunalwahl 2004 noch bei der Landtagswahl 2005 konnte die SPD ihre Stärke zurückgewinnen. Die Mehrheit der Arbeitnehmer wählte 2005 die CDU.

Der FDP, damals in der Opposition, gingen wie Teilen der Union die Beschlüsse zur Liberalisierung von Staat und Wirtschaft nicht weit genug. Die FDP verengte ihre Programmatik in den Folgejahren mehr und mehr auf das Thema „Mehr Netto vom Brutto“. Als Steuersenkungspartei wurde sie mehr und mehr zu einer „Ein-Themen-Partei“.

Die CSU musste nach ihrem überragenden Wahlsieg bei der Landtagswahl 2003, bei der sie 60,7 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen und zwei Drittel der Mandate im bayerischen Landtag gewann, fünf Jahre später massive Verluste hinnehmen: Mit „nur“ 43,4 Prozent der Stimmen (minus 17,3 Prozent) verlor sie erstmals seit 1962 die absolute Mehrheit im Parlament.

Sie hatte mit dem Projekt „Verwaltung 21“ und dem Ziel der Modernisierung und der Schuldenfreiheit in Bayern versucht, eine Reform der Verwaltungsstruktur durchzusetzen. Diese beinhaltete u. a. die Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichts. Im Kern führte dies allerdings zu einer Schwächung der „Liberalitas Bavariae“, der landestypischen Eigenarten und damit auch des Monopols der CSU für einen bayerischen Sonderweg.

Die Grünen waren in dieser Zeit auf der Suche nach neuen Machtoptionen. Sie wollten einerseits regierungsfähig sein. Andererseits wollten sie sich neben der rot-grünen Koalition weitere Optionen aufbauen. Der Vergleich vom „Koch“ und vom „Kellner“, den Gerhard Schröder 1997 in einem gemeinsamen Interview mit Joschka Fischer angestellt hatte, brachte eine tiefe Verletzung des grünen Selbstbewusstseins zum Ausdruck. Die Zustimmung des grünen Parteitages in Bielefeld im Mai 1999 zum Einsatz der Bundeswehr im Kosovo war ein Abschied vom Pazifismus und damit einem Gründungsmythos der Grünen.

Die Linkspartei wollte zur gesamtdeutschen Partei werden. Doch die Fusion von PDS und der westdeutschen WASG sowie die Wahl Oskar Lafontaines zum Vorsitzenden der Partei „Die Linke“ 2007 entfremdete die Partei von ihren ostdeutschen Wurzeln.

All diese Änderungen der programmatischen Ausrichtung und Positionierungen im parteipolitischen System der Bundesrepublik führten nicht nur zu einem weiteren Vertrauensverlust, sondern auch zu inhaltlichen Verwerfungen, die oftmals bis heute nachwirken.

Die Debatte der Hartz-Reformen ist etwa in der SPD nach wie vor präsent. Die Katastrophe von Fukushima und die daraufhin beschlossene „Energiewende“ ist eine radikale Kehrtwende in der Energiepolitik, die nicht nur CDU und FDP, sondern auch die Grünen maßgeblich betrifft. Hatten die bürgerlichen Parteien noch wenige Monate zuvor die Laufzeit für die deutschen Atomkraftwerke verlängert, verloren die Grünen ein zentrales Gründungsthema.

Auf der Suche nach den programmatischen Grundlagen befinden sich die Parteien in einem schwierigen Spagat: Wie viel Bewährtes muss erhalten bleiben, um die Stammwähler auch weiterhin an sich zu binden? Und wie viel Erneuerung ist gleichzeitig notwendig, um neue Wählerschichten zu gewinnen? Die Parteien haben auf diese Fragen noch keine Antworten gefunden.

IV.

Wenn die deutsche Demokratie stabil bleiben soll, muss der Prozess der Delegitimation des Parteiensystems gestoppt werden.

Denn: Wo steht geschrieben, dass es in Deutschland keine rechtspopulistische Partei wie in den Niederlanden, Frankreich, Dänemark, Ungarn oder Finnland geben kann? Zahlreiche Studien zeigen, dass ein nicht zu unterschätzender Prozentsatz der deutschen Bevölkerung für rechtspopulistische und rechtsextreme Bestrebungen durchaus anfällig ist. Gleiches gilt im Übrigen für linkspopulistisches und linksextremistisches Gedankengut.

Die Lösung des Problems der wachsenden Kluft zwischen den Bürgern und Parteien liegt

- nicht in Satzungs- und Organisationsänderungen,
- nicht nur in der Forderung nach mehr direkter Demokratie,
- nicht im Beklagen mangelnder Stammwählerpflege,
- nicht im Klagen über die sich auflösenden Milieus,
- nicht in Abschaltung und Abgrenzung.

Vielmehr geht es um politische Inhalte, politische Werte, Verantwortung, Vertrauen und Zukunft.

1. Parteien sind, wie schon der Name sagt, nicht das Volk. Sie repräsentieren nicht das Volk, sondern nur einen Teil des Volkes. Sie gehören auch nicht zu den Staatsorganen, sondern sind frei gebildete, im gesellschaftlich-politischen Bereich wurzelnde Gruppen. Sie müssen sowohl politische Inhalte an die Bürger vermitteln als auch sicherstellen, dass die Bürger ihre Meinung in der politischen Diskussion zum Ausdruck bringen können.

Erst wenn die Parteien wieder eine zukunftsweisende Politik formulieren und vertreten, anstatt nur auf Entwicklungen pragmatisch zu reagieren, werden sie wieder Vertrauen erwerben. Zukunftsweisende Politik meint:

- Ziele definieren und Leitentscheidungen wagen,
- einen ordnungspolitischen Rahmen setzen, um die Rationalität von Entscheidungen nachvollziehbar anstatt mit Einzelentscheidungen den Bürgern Vorschriften zu machen,
- Selbstbestimmung und Selbstverantwortung von jedem Bürger einzufordern, statt eine Politik der Fremdbestimmung und damit Entmündigung zu betreiben.

Seit Jahrzehnten konzentriert sich die Debatte über die Demokratiereform auf wenige Stichworte: Einführung von mehr direkter Demokratie, Begrenzung von Amtszeiten, Änderungen der Parteienfinanzierung, mehr innerparteiliche Demokratie, Wahlrechtsreformen.

In diesen Bereichen hat es immer wieder Reformen gegeben, ohne dass der Delegitimationsprozess der Politik und der Parteien gestoppt werden konnte. Die Verkürzung der Diskussion auf Diätenfragen, persönliche Verfehlungen, Koalitionsspekulationen, das Beschwören von angeblichen Stammwählerwünschen und die Forderung nach direkter Demokratie führen nicht zur Lösung der Probleme. Man kann mehr tun.

Eine nachhaltige Besserung wird nur eintreten, wenn die Parteien den Mut finden, sich inhaltlich klar zu positionieren. Statt eine Reihe von Einzelvorschlägen zu präsentieren, ist ein ordnungspolitisch nachvollziehbares Konzept erforderlich. So entsteht Transparenz bei staatlichen Entscheidungen.

2. Dieses Konzept erfordert eine Neuvermessung der Verantwortungsräume in der deutschen Demokratie – gerade im Hinblick auf die Parteien. Das Verhältnis von Rechtsstaat und Volksmacht muss neu austariert werden. Denn: Die Verantwortungsräume zwischen staatlichem und gesellschaftlichem Sektor sind unscharf geworden.

Der Prozess der Entstehung moderner Demokratien war geprägt von der Entwicklung eines Systems von „checks and balances“. Nie wieder sollte ein Herrscher allmächtig sein. Jede Institution, die Macht ausübt, sollte kontrolliert werden und transparent arbeiten müssen. Man wollte sie zur Rechenschaft ziehen können. Die Aufgabenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Jurisdiktion ist ein tragendes Element dieser Machtkontrolle. Die Parteien haben jedoch ihren Einflussbereich in allen drei Bereichen ausgedehnt und damit die Machtkontrolle geschwächt. Durch den weiteren Ausbau der Bürokratie und die Parteipolitisierung der öffentlich Bediensteten wie der Personalräte wurde diese Entwicklung verstärkt.

Diese Neuvermessung der Verantwortungsräume bedeutet nicht, dass die Parteien sich aus der Gesellschaft zurückziehen dürfen. Sie sind keine Staatsorgane und dürfen sich auch nicht nur auf den staatlichen Bereich beschränken. Die Folge wäre eine Machtverlagerung auf die Berufspolitiker.

Parteien repräsentieren durch die Abgeordneten die Bürgerinnen und Bürger in den staatlichen Institutionen. Sie sind aber eine gesellschaftliche Institution und kein Staatsorgan. Als Mittler zwischen den Staatsorganen und der Zivilgesellschaft und ihren bürgerschaftlichen Institutionen haben sie eine wichtige Aufgabe.

3. Der Rückzug der Parteien aus staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen würde also der Verbesserung der Gewaltenteilung im demokratischen Rechtsstaat dienen. Ansätze hierfür sind genug vorhanden. Beispiele hierfür sind etwa:

- eine Neuregelung des Verfahrens zur Wahl der Bundesverfassungsrichter. Das jetzige Parteienproporzsystem muss überwunden und mehr Transparenz hergestellt werden.
- eine öffentliche Wahl bzw. Ernennung der Richter und Schöffen an anderen Gerichten. Dies würde das Verfahren transparenter machen und die Kluft zwischen Justiz und Bürgerschaft verkleinern.
- eine Wahl von Schulleitern durch die Schulgemeinde auf Zeit. Dies kann helfen, die Bestellung von Schulleitern zu entpolitisieren.

- eine Reform der Besetzung der Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.
- die Besetzung von Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen. Diese verhindert eine wirksame demokratische Kontrolle von im Eigentum der öffentlichen Hand befindlichen Unternehmen privaten Rechts. Auch hier gab es erst kürzlich eine öffentlichkeitswirksame Debatte im Zusammenhang mit SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und den Bochumer Stadtwerken.

4. Schließlich ist auch das Thema „direkte Demokratie“ zu nennen. Die Diskussion, ob die repräsentative Demokratie durch mehr oder weniger Elemente von direkter Demokratie ergänzt werden soll, füllt ganze Bibliotheken. Sie wird mit fast religiöser Inbrunst geführt.

In den letzten Jahren sind vor allem auf Landes- und kommunaler Ebene mehr Möglichkeiten für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide geschaffen worden. Diese Instrumente der Mehrdemokratie werden auch von der Bürgerschaft genutzt.

Wenig zielführend sind zumeist allerdings die Forderungen nach Absenkungen der Beteiligungs- und Entscheidungsquoten. Hierbei geht zumeist unter, dass bei einer Beteiligung von unter 40 Prozent kaum noch eine demokratische Legitimation solcher Verfahren gegeben ist. Auch wird oftmals vergessen, dass auch eine Volksabstimmung die Regeln des Rechtsstaates, etwa die Abschaffung von Grundrechten, nicht außer Kraft setzen kann.

Allerdings hat „Stuttgart 21“ gezeigt, dass die Bürgerbeteiligungsverfahren bei Planungsverfahren, schon gar für Großprojekte, zu kompliziert und zu wenig bürgerfreundlich sind. Sie sind durch viele Änderungs- und Beschleunigungsgesetze sowie durch eine umfangreiche und kaum noch überschaubare Rechtsprechung nicht mehr transparent. Insofern erfüllen sie die notwendige Ausgleichs- und Befriedigungsfunktion zwischen Bürger und Behörde nicht mehr. Insofern besteht hier in der Tat Handlungsbedarf.

v.

Die Parteien leiden daran, dass sie einen wesentlichen Teil ihrer Aufgaben heutzutage unzureichend wahrnehmen, während sie ihre Macht und ihren Einfluss in anderen Bereichen unzulässig ausgeweitet haben.

Die Parteien sind in einer Demokratie wichtig, um politische Meinungen zu bilden, Kompromisse zu entscheiden und Entscheidungen zu fällen. Parteien sind aber keine Staatsorgane oder organschaftliche Einrichtungen.

Nicht nur der Staat, sondern auch die Bürgergesellschaft ist für die politische Willensbildung wichtig. Sie stellt den für einen offenen Meinungs- und Willensbildung notwendigen Pluralismus sicher.

Die Parteien gehören durch die Repräsentation des Parlaments sowohl zu den staatlichen als auch den gesellschaftlichen Institutionen. Diese Doppelrolle befähigt sie, Mittler zwischen Staat und Gesellschaft zu sein.

Als Teil der Bürgergesellschaft müssen die Parteien daher transparenter und meinungsoffener werden, damit sie ihre Rolle als Mittler wahrnehmen können.

Der politische Raum, in dem die Parteien eine nicht zu ersetzende demokratische Aufgabe wahrnehmen, muss sich wieder deutlich unterscheiden von dem Raum, in dem die Bürger unmittelbar und selbstverantwortlich entscheiden. Die vermeintliche Allzuständigkeit der Politik muss sich umkehren in eine Zuständigkeitsvermutung zu Gunsten der Bürger.

Ich danke Ihnen.

Spielzeit 2012.2013

Herausgegeben vom Staatsschauspiel Dresden → Intendant: Wilfried Schulz → Gestaltung: Andrea Dextor → Alle Rechte liegen bei den Rednern.

Dresdner Reden 1992 – 2013

1992

Günter Gaus – Christoph Hein – Egon Bahr – Willy Brandt
Dieter Görne, Thomas Rosenlöcher, Uta Dittmann, Wolfgang Ullmann

1993

Hans-Dietrich Genscher – Friedrich Schorlemmer – Tschingis Aitmatow – Regine Hildebrandt
Hildegard Hamm-Brücher, Heinz Czechowski, Heinz Eggert, Rainer Kirsch

1994

Heiner Geißler – Konrad Weiß – Wolfgang Thierse – Christa Wolf
P. Lothar Kuczera S.J., Benedikt Dyrlich, Hanna-Renate Laurien, Antje Vollmer

1995

Horst-Eberhard Richter – Alfred Hrdlicka – Kurt Biedenkopf – Walter Jens
Hans-Joachim Maaz, Werner Stötzer, Ludwig Güttler, Günter Jäckel

1996

Hildegard Hamm-Brücher – Margarita Mathiopoulos – Dževad Karahasan – Fritz Beer
Wolfgang Lüder, Bärbel Bohley, Hubert Kross jr., Dieter Schröder

1997

Günter de Bruyn – Libuše Moníková – Günter Grass
Thomas Rosenlöcher, Friedrich Christian Delius, Volker Braun

1998

Jens Reich – Fritz Stern – Adolf Muschg – György Konrád
Janusz Reiter, Kurt Biedenkopf, Sigrid Löffler, Karl Schlögel

1999

Jutta Limbach – Brigitte Sauzay – Andrei Pleșu – Rolf Schneider
Steffen Heitmann, Rudolf von Thadden, György Konrád, Hans-Otto Bräutigam

2000

Peter Sloterdijk – Wolfgang Leonhard – Wolf Lepenies
Eberhard Sens, Johannes Grotzky, Friedrich Schorlemmer

2001

Adolf Dresen – Rita Süßmuth – Daniel Libeskind – Volker Braun
Sigrid Löffler, Wolfgang Thierse, Heinrich Wefing, Friedrich Dieckmann

2002

Bassam Tibi – Alice Schwarzer – Daniela Dahn – Egon Bahr
Reiner Pommerin, Alexander U. Martens, Ingo Schulze, Friedrich Schorlemmer

2003

Michael Naumann – Susan George – Wolfgang Ullmann
Moritz Rinke, Peter Weissenberg, Jens Reich

2004

Hans-Olaf Henkel – Joachim Gauck – Karl Schlögel
Martin Gillo, Frank Richter, Alexandra Gerlach

2005

Dieter Kronzucker – Klaus von Dohnanyi – Christian Meier – Helmut Schmidt
Susanne Kronzucker, Aloys Winterling, Dieter Schütz

2006

Hans-Jochen Vogel – Heide Simonis – Margot Käßmann – Joschka Fischer
Christoph Meyer, Dieter Schütz, Reinhard Höppner, Mario Frank

2007

Gesine Schwan – Valentin Falin – Gerhard Schröder – Oskar Negt
Katrin Saft, Egon Bahr, Martin Roth, Friedrich Schorlemmer

2008

Elke Heidenreich – Lothar de Maizière – Peter Stein – Julia Franck
Karin Großmann, Hans-Joachim Meyer, Peter Iden, Eva-Maria Stange

2009

Fritz Pleitgen – Jörn Rügen – Jan Philipp Reemtsma – Meinhard von Gerkan
Wolfgang Donsbach, Jürgen Straub, Harald Welzer, Wolfgang Hänsch

2010

Kathrin Schmidt – Dieter Wedel – Peter Kulka – Bernhard Müller
Jörg Magenau, John von Düffel, Dieter Bartetzko, Eva-Maria Stange

2011

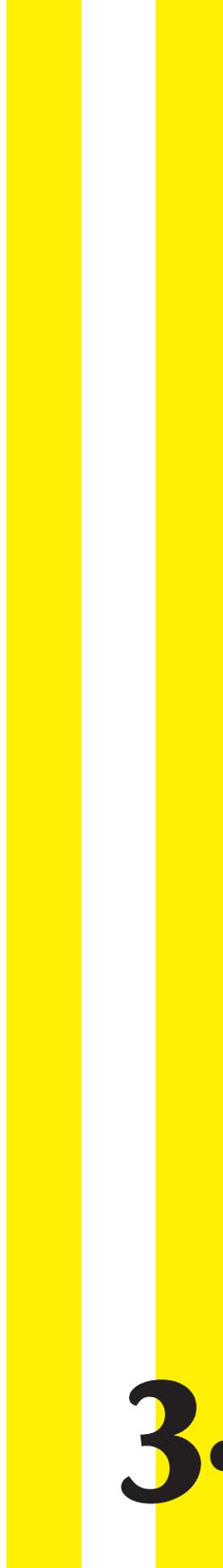
Charlotte Knobloch – Rüdiger Safranski – Jonathan Meese – Dietrich H. Hoppenstedt

2012

Frank Richter – Gerhart Rudolf Baum – Andres Veiel – Ingo Schulze – Ines Geipel

2013

Stephen Greenblatt – Markus Beckedahl – Jürgen Rüttgers – Nike Wagner



3.2013